

Erster Gleichstellungsbericht jetzt komplett ver.di-Frauen zur Stellungnahme der Bundesregierung

Nun ist er komplett - der Erste Gleichstellungsbericht. Am 15. Juni 2011 hat das Bundeskabinett das Gutachten zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zur Kenntnis genommen und die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erarbeitete Stellungnahme der Bundesregierung dazu beschlossen. Dem Bundesministerium ist es gelungen, mit dem Gleichstellungsbericht Bewegung in der Frage der Geschlechtergerechtigkeit ins Kabinett und in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Stellungnahme ist insgesamt positiv zum Gutachten. Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich das Gutachten und insbesondere, dass es „eine Fülle analytischer Ansatzpunkte“ und dazu „Handlungsempfehlungen“ beinhaltet, die für die „Neuausrichtung der Gleichstellungspolitik einen wichtigen Beitrag leisten können“. Die Stellungnahme macht eine insgesamt positive Beurteilung des Gutachtens erkennbar. Dies begrüßen wir aus Sicht der ver.di-Frauen. Die Stellungnahme

- stellt die **Lebensverlaufsperspektive** und deren Herausforderungen als gelungene Sichtweise in den Vordergrund
- stimmt zu, dass sich daraus **Handlungserfordernisse** für die Rechtsetzung ergeben, die den **Rahmen** für Erwerbstätigkeit und Lebensentscheidungen beeinflusst
- fordert „**konsistente**“ Rechtsetzung in diesem Bereich
- richtet den Fokus darauf, dass **Frauen mehr nachteilige Folgen** vom bisherigen Rechtsrahmen zu tragen haben

- identifiziert Gleichstellung als Zukunftsherausforderung und **Innovationspotential**
- fordert Gleichstellungspolitik für Männer und Frauen
- setzt entsprechend dem Leitbild des Gutachtens auf „Wahlmöglichkeiten“ und „**Verwirklichungschancen**“
- erkennt den Anspruch auf verbesserte **Teilhabe** von Frauen im Erwerbsleben an – während aber gleichzeitig „**Chancengleichheit**“, nicht „Ergebnisgleichheit“ propagiert wird
- stellt insbesondere die eigenständige **Existenzsicherung** und **Altersvorsorge** als zentral heraus (was uns besonders freut!) und verdeutlicht hier, dass **Gleichstellungs- und Sozialpolitik** zusammen wirken müssen.

Ankündigung verbindlicher Regelungen steht aus: Eher „dünn“ wird die Stellungnahme, wenn es darum geht, was in der **Wirtschaft** verändert werden sollte. Hier wird auf **Vereinbarkeit**, insbesondere Arbeitszeitflexibilität, gesetzt. Das reicht nicht! Zu Frauen in **Führungspositionen** werden die „verbindliche Berichtspflicht“ und „transparente Selbstverpflichtungen“ erwähnt – mehr nicht – und dass für Frauen die „Voraussetzungen“, insbesondere die Vereinbarkeit zu verbessern sind. Immerhin kündigt die Bundesregierung an, in Bezug auf das **Sozial-, Steuer- und Zivilrecht Handlungsbedarf** noch selbst zu identifizieren.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Beschluss in aktueller Politik der Bundesregierung wiederfinden wird. Der erste Schritt ist getan.

Mehr: <http://frauen.verdi.de/-/igq>

Weitere Infos unter:
www.frauen.verdi.de
www.verdi.de



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**